

Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik: erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel"

Schröder, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, H. (1995). Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik: erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel". *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 14, 1-10. <https://doi.org/10.15464/isi.14.1995.10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik

Erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“

Die anstehenden demographischen Veränderungen, die mit dem Schlagwort der Überalterung der deutschen Bevölkerung Eingang in die Medien gefunden haben, werden auf die Bundesrepublik Deutschland wie auch auf andere Industriestaaten in den nächsten Jahrzehnten zukommen. Welche Bedeutung diese einschneidenden Veränderungen, wie beispielsweise eine steigende Lebenserwartung und eine auf niedrigem Niveau stagnierende oder sinkende Geburtenrate, für die bundesrepublikanische Gesellschaft haben werden, dokumentiert der erste Zwischenbericht der vom Bundestag im Herbst 1992 eingesetzten Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“. Die Kommission hat sich bei der Erstellung des Zwischenberichts sowohl auf Gutachten - die in einem getrennten Sammelband veröffentlicht werden sollen - als auch auf die Ergebnisse von verschiedenen themenspezifischen öffentlichen Anhörungen gestützt. Im Juni 1994 wurde der vorliegende Bericht, der sowohl eine solide ausgearbeitete Bestandsaufnahme als auch erste Handlungsempfehlungen an die Politik enthält, im Plenum des deutschen Bundestages beraten. Im Mittelpunkt dieses Berichts steht eine umfassende Beschäftigung mit dem Themenkomplex demographischer Wandel in seinen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen auf alle Generationen. Behandelt wurden sieben verschiedene Themenbereiche:

- **Demographischer Wandel:** Die Daten und ihre Entwicklung bis 2030
Eine Bestandsaufnahme der demographischen Entwicklung identifiziert verschiedene Faktoren, wie ein anhaltend niedriges Geburtenniveau oder die steigende Lebenserwartung, die dazu führen, daß der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft absolut wie auch relativ zunehmen wird. Dabei wird den Wanderungen eine zunehmend wichtigere Rolle zukommen, da die deutsche Bevölkerung zwar bis zum Jahre 2001 vermutlich noch

wachsen wird, dann jedoch aufgrund des Geburtendefizits voraussichtlich stetig zurückgeht. Weitere Veränderungen, wie der steigende Anteil von ausländischen Senioren und Hochaltrigen über 80 Jahre, die Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland, aber auch die ungleiche Verteilung der älteren Bevölkerungsgruppe im Umland der Kernstädte und dem ländlichen Raum, deuten darauf hin, wer die möglichen Problemgruppen von morgen sein werden und im Zielbereich einer aktiven Politik stehen sollten.

- **Familie und soziales Umfeld**
Die Familienstrukturen und die Beziehungen zwischen den Generationen werden sich unter anderem aufgrund des steigenden Anteils zeitlebens kinderloser Frauen, der im Jahre 2030 immerhin 30 Prozent erreichen soll, durch die steigende Zahl an Ein-Personen-Haushalten, die sinkenden Geburtenzahlen aber auch durch das heute schon sichtbar werdende Trennungverhalten deutlich verändern.

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt**
Die zukünftigen Trends des Arbeitsmarktes lassen sich bis zum Jahre 2010 durch eine stagnierende bzw. leicht steigende und danach stark sinkende Zahl der Erwerbsbevölkerung kennzeichnen. Frühverrentung, Verjüngung der Belegschaften sowie eine „Entberuflichung des Alters“ werden bis 2010 als Möglichkeiten genutzt werden, den Überschuß an Arbeitskräften abzubauen. Der sich danach abzeichnende Trend eines Mangels an Arbeitskräften kann durch eine stärkere Einbindung von Frauen und älteren Arbeitnehmern und nur bedingt durch ausländische Arbeitskräfte kompensiert werden.

- **Materielle Situation**
Neben immerhin einem Drittel aller Frauen über 55 Jahre, die kein eigenes Alterseinkommen haben bzw. auch in Zukunft nicht erwarten können, werden Personen, die in ihrem individuellen Lebenslauf

Scheidungen, Verwitwungen, Auflösungen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften, aber auch gesundheitliche Beeinträchtigungen verkraften mußten, in zunehmendem Maße von Armut betroffen sein.

- **Aktives Älterwerden**
Die Handlungsempfehlungen für die Politik zielen sowohl auf die Kompetenzerhaltung als auch auf die Sicherung der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter.

- **Wohnen und Wohnumfeld**
Bei der Bestandsaufnahme der aktuellen Wohnsituation zeigt sich ein Mehrbedarf an Wohnungen, der auch in Zukunft, bedingt unter anderem durch die steigende Zahl von Ein-Personen-Haushalten, nicht reduziert werden kann. Der Wohnungsmarkt mit seinen regionalen Unterschieden wird sich somit trotz sinkender Bevölkerungszahlen vermutlich nicht entspannen. Hinsichtlich der Neubauaktivitäten wird die Empfehlung ausgesprochen, die sich verändernden Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft sowohl bei der Wohnungsausstattung als auch bei der Gestaltung des Wohnumfeldes zu berücksichtigen.

- **Gesundheitliche Situation, Versorgung und Betreuung**
Bedingt durch den besseren Gesundheitszustand der Bevölkerung wird sich auch in Zukunft die Lebenserwartung noch erhöhen. Insbesondere die Hochaltrigkeit stellt neue Anforderungen an Medizin und Pflege, da zunehmend präventive, rehabilitative und gesundheitsfördernde Maßnahmen innerhalb eines vernetzten Versorgungssystems erforderlich werden.

Diesem Zwischenbericht, der sich durch seine solide wissenschaftliche Behandlung mit einer breiten Daten- und Literaturbasis des Themenkomplexes „Demographischer Wandel“ auszeichnet, ist über die Zielgruppe der politischen Gremien, Institutionen und Fachverbänden hinaus, eine breitere Öffentlichkeit zu wünschen. Einzelexemplare dieses Zwischenberichts sind kostenlos zu beziehen beim Deutschen Bundestag, Sekretariat der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Bundeshaus, Görresstraße 15 in 53113 Bonn.

*Helmut Schröder, Universität Stuttgart
(Tel.: 0711/121-3582)*